

FVDZ auf Facebook

Infohäppchen zwischendurch

Knapp 3.300 Abonnenten schauen regelmäßig in das Facebook-Profil des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ). Im größten sozialen Netzwerk lesen sie nicht nur tagesaktuelle Neuigkeiten aus dem Verband, sondern es gibt auch hin und wieder ein bisschen Ablenkung vom Praxisalltag. Lachen ist gesund und senkt den Stresslevel. Deshalb sucht die Redaktion lustige und überraschende News und Videos rund um die Zahnarztpraxis und postet sie regelmäßig auf Facebook. Das Profil ist hier zu finden: www.facebook.com/fvdzev. Wer selbst ein Facebook-Profil hat, kann die Seite mit „gefällt mir“ markieren und bekommt dann automatisch alle Infos angezeigt, die der Freie Verband veröffentlicht. Auch wer kein eigenes Facebook-Profil hat, gelangt über den Link www.facebook.com/fvdzev zum FVDZ-Profil. Über die Website www.fvdz.de gibt es natürlich auch weiterhin aktuelle Neuigkeiten und Informationen zu Veranstaltungen und Angeboten des Freien Verbandes. kp



Vorstoß der Gesundheitssenatorin

Hamburg will GKV für Beamte

Es war ein kleiner Paukenschlag aus Hamburg mitten im Sommerloch: Im August verkündete Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD), junge Beamte, Berufseinsteiger und Umsteiger aus der Privatwirtschaft sollten sich ab Sommer 2018 ohne finanzielle Nachteile gesetzlich krankenversichern können. Ein entsprechendes Gesetz wolle der Hamburger Senat auf den Weg bringen. Damit werde echte Wahlfreiheit und der Zugang von Beamten in die Solidargemeinschaft geschaffen der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen, sagte die Gesundheitssenatorin. Die Reaktionen darauf kamen unmittelbar: SPD-Fraktionsvize und Gesundheitsexperte Karl Lauterbach nannte den Weg, den Hamburg einschlägt, „großartig“. Er führe in Richtung Bürgerversicherung. Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt hält den Hamburger Vorstoß für einen „richtigen Schritt für mehr Gerechtigkeit“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und auch die Krankenkassen begrüßten das Hamburger Vorhaben. Neben so viel Lob war eher wenig Kritik zu hören. Die kam naturgemäß vom Verband der privaten Krankenkassen und dem Hartmannbund. Das „kleine Päckchen“ aus Hamburg diene nur der Befahrung der Diskussion um die Bürgerversicherung, monierte der Vorsitzende des Hartmannbundes, Klaus Reinhardt. sas

Elektronische Gesundheitskarte

Ministerium: Die eGK steht nicht vor dem Aus

Während das Bundesgesundheitsministerium (BMG) schon seit Langem ungebrochen die Vorteile eines digitalen Gesundheitswesens anpreist, bekam die Lobhudelei im August einen Dämpfer. Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) geriet von mehreren Seiten öffentlich unter Beschuss.

Der Vorstandschef der AOK Bayern, Helmut Platzer, hatte der Nachrichtenagentur dpa gesagt, es sei „unsicherer denn je, wann die Gesundheitskarte die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt“. Aus Ärzterverbänden und gesetzlichen Krankenkassen verlautete, in der Bundesregierung gebe es Pläne, die eGK nach der Bundestagswahl für gescheitert zu erklären. Auch bei den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) kamen Zweifel auf. „Wenn man mit Fachleuten redet, hört man, das sei eine Technik, die eigentlich schon überholt ist“, sagte der Vorstandschef der KV Bayern Wolfgang Krombholz.

Das BMG hingegen wies Berichte zurück, wonach die elektronische eGK faktisch vor dem Aus steht. Eine Sprecherin sagte, diese Darstellungen „entbehren jeder Grundlage und sie sind falsch“. Vielmehr sei Bewegung in die Umsetzung des elektronischen Verkehrs mit Gesundheitsdaten gekommen. Die bisherigen Tests seien erfolgreich verlaufen, so dass im Herbst damit begonnen werden könne, bundesweit die Arztpraxen an das System anzuschließen. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) gab sich im MDR zuversichtlich, dass die digitale Vernetzung der Facharztgruppen und Krankenhäuser gelingen werde.

Mehr zum Thema ab Seite 18

red

